

Die Weimarer Republik

1918 Revolution in Deutschland:

Ursprung: Nach Niederlage an der Westfront und bevorstehender militärischen Niederlage verlangt General Ludendorff sofortige Einleitung von Waffenstillstandverhandlungen.

Die 3 Parteien: Zentrum, Linksliberal und SPD treten in das Kabinett des Reichskanzlers (Max von Baden) ein. Friedensverhandlungen mit den USA beginnen. Ende Oktober tritt Verfassungsänderung in Kraft: Der Reichskanzler ist nicht mehr vom Vertrauen des Kaisers, sondern von der Zustimmung der Mehrheit im Reichstag abhängig.

Die Revolution beginnt:

Die Bevölkerung wird von der Niederlage völlig unvorbereitet getroffen. In dieser Situation der Enttäuschung und der Zukunftsangst brechen die Autorität des Staates sowie die militärische Führung zusammen. Es gibt Verzögerungen bei den Waffenstillstandsverhandlungen, wofür die Bevölkerung den Kaiser und die Heeresleitung verantwortlich macht.

Als Ende Oktober die Marineleitung den Befehl gibt auszulaufen, werden die Kriegsmüden Matrosen aktiv. Sie streiken. Viele von Ihnen werden in Kiel verhaftet. Die Matrosen versammelten sich da, forderten die Freilassung ihrer Kameraden. Soldatenräte bildeten sich die sich den Matrosen anschließen. Am 4. November ist Kiel in der Hand der aufständigen Matrosen und Soldaten.

Die Revolution hat begonnen: Mit diesem Generalstreik der Armee beginnt die Revolution. Sie entspricht allerdings der Stimmung der fast ganzen Bevölkerung: Verlangen nach Frieden und politische Ordnung. Arbeiter schließen sich den Aufständigen an. Innerhalb einer Woche hat sich die Revolution in ganz Deutschland durchgesetzt. Nach dem Vorbild Russlands bilden sich vor allem in den größeren Städten Räte. Bürgermeister und Gemeindevorsteher unterstellen sich den Räten praktisch ohne Gegenwehr. Neben diesen staatlichen Bürokratien werden auch die politischen Parteien von der Massenaktion überrascht. Die SPD erkennt am schnellsten die Bedeutung der Massenaktion und versucht sich an Ihre Spitze zu stellen.

Die Spaltung der SPD in 3 Teile:

Die Spaltung der SPD im 1. Weltkrieg führt zu einer neu gegründeten Partei: Die USPD. Grund für Spaltung: SPD hatte Kriegsanleihen unterstützt. Aber auch die USPD ist in sich gespalten. Die einen unter Hugo Haase (Ex-SPD Vorsitzender) orientieren sich weiterhin an den Zielen der Arbeiterbewegung. Ein anderer Teil unter Liebknecht und Luxemburg (Spartakusbund) orientiert sich dagegen an den Bolschewikis, sie gründen Ende Dezember die KPD.

Der Neue Rat:

Im November 1918 erreicht die Massenbewegung Berlin. Max von Baden (Reichskanzler) erklärt eigenmächtig den Rücktritt des Kaisers, übergibt die Regierungsgeschäfte dem SPD Vorsitzenden F. Ebert. Währenddessen demonstrieren Arbeiter, Soldaten in den Strassen.

Der SD- Mann Scheidemann erklärt den Demonstranten vor dem Reichstag: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt.... Es lebe die deutsche Republik!“ Die Massenbewegung hat gezeigt dass das Volk eine geordnete, friedliebende und einheitliche Regierung möchte. SPD und USPD entsprechen diesen Bedürfnissen. Sie bilden eine neue provisorische Regierung: **Der Rat der Volksbeauftragten**. Diesem gehören je 3 USPD und SPD Mitglieder an.

Aufgaben die der neue Rat bewältigen muss:

- Der Mitte November abgeschlossene Waffenstillstand in Compiègne verpflichtet Deutschland innerhalb weniger Tage die Millionen Deutschen Soldaten vollständig zu entwaffnen und nach Deutschland zurückzuziehen. Dies fordert enorme organisatorische Kraftanstrengung.
- Die Bevölkerung muss für den Winter mit Nahrung und Heizmaterial versorgt werden.
- Die Kriegswirtschaft muss so schnell wie möglich auf Friedensproduktion umgestellt werden. Die Ex-Soldaten brauchen Arbeitsplätze.
- Grenzkämpfe im Osten da die Grenzen noch nicht feststehen.

Die Wiederherstellung der geordneten staatlichen Verhältnisse ist vorerst das wichtigste Ziel der neuen Regierung.

Räte oder Parlament?

Was soll aus der provisorischen Regierung geschehen? Die SPD will eine Nationalversammlung, die USPD will solange an der prov. Regierung festhalten bis wichtige Reformen durchgesetzt sind, die KPD (zu dieser Zeit noch keine eigene Partei) will ein Räteystem nach sowjetischem Vorbild. Der Reichskongress der Volksbeauftragten (Räte) entscheidet sich im Dezember 1918 für den SPD Vorschlag. Die Nationalversammlung findet am 19. Januar 1919 statt. Davor aber noch folgendes Ereignis:

Januaraufstand

Die KPD, jetzt eine eigene Partei beschließt mit Hilfe der UDPD die Macht gewaltsam an sich zu reißen. Anfang Januar 1919 erheben sich die Bewaffneten Anhänger. Die Regierung (inzwischen allein von der SPD gestellt) verhandelt vorerst friedlich, greift dann aber zu der Reichswehr als die KPD sich weigert die Waffen nieder zu legen. Nur wo ist die Reichswehr? Es gibt keine Regierungstreuen Truppen mehr und so bedient sich Noske (Reichswehrminister) der Hilfe von Freikorps (bewaffnete Gruppen ehemaliger Soldaten). Der Aufstand wird niedergeschlagen.

Die neue Reichswehr:

Die Männergruppen der Freikorps sind gegen die Demokratie und die Republik. Im Kapp-Lüttwitz-Putsch zeigt sich dass sie nicht Regierungstreue sind. Sie sind gewalttätig (haben die Führer der KPD nach Beendigung des Aufstandes ermordet).

Folgen vom Januaraufstand:

- Die **Arbeiterparteien** entfernen sich noch mehr voneinander.
- Die SPD wird trotzdem die stärkste Partei
 - o Da sie viel Erreicht haben was das Kaiserreich nicht schaffte:
 - gleiches Wahlrecht für Mann und Frau
 - Achtstundentag

Arbeiterparteien:

ursprünglich eine Partei

- SPD
- USPD
- KPD

Bürgerparteien:

- katholisches Zentrum
- DDP (linksliberale)

Weimarer Koalition:

- SPD da Mehrheit der Stimmen bei den Wahlen zur Nationalversammlung
- Zentrum und DDP (da bereits bei Friedensresolution zusammengearbeitet)

Konnten sich jedoch über wichtige Punkte nicht einigen:

- Zentrum blockiert Reformen zum Bildungswesen
- DDP ist strikt gegen jegliche Beeinträchtigung des Privateigentums
- SPD kann es nicht schnell genug vorwärts gehen

Zusätzliche Probleme:

- Lebensmittel bleiben infolge Blockade der Häfen durch die Siegermächte teuer und knapp
- Zahl der Arbeitslosen steigt
- Streik bei den Kohlegrubenarbeitern (da höhere Lohnforderung)
 - wird von der SPD teils durch Truppen, teils durch Verhandlungen aufgelöst
 - Folge: Arbeiter sind verbittert, SPD verliert Stimmen an die USPD

Bürgertum und Revolution:

- Bürgertum hält sich raus, da bei Kaiser schon so gut gelaufen
- manche unterstützen sogar SPD da Angst dass es so wird wie in Russland

Versailler Vertrag:

- Alle Parteien lehnen den Vertrag ab. SPD und Zentrum stimmen ihm aber als Mehrheit zu. (Da keine vernünftige Alternative: Westmächte würden in D. einmarschieren, D. aber zu schwach sich zu Verteidigen.) DVP und DNVP verstehen Entscheid, hetzen aber die Öffentlichkeit gegen die Weimarer Republik auf.

Dolchstoßlegende:

- Propaganda der Nationalisten, die die Schuld der Niederlage im 1. Weltkrieg den Demokraten und Sozialisten zuschieben und nicht dem Militär und der monarchischen Führung.
- Ziel: Linke Partei als Vaterlandsverräter darstellen, rechte Partei an die Macht
- Falsche Behauptung: Die Armee von D. wurde von den Alliierten geschlagen.

Kapp-Lüttwitz-Putsch

- zeigt wie wacklig die Republik auf den Beinen steht
- Rechtsextremisten, von der DNVP unterstützt, wollen mit Gewalt die Regierung übernehmen
- SPD will Aufstand mit der Reichswehr (Freikorps) niederkämpfen, diese weigern sich aber!

- Putsch scheitert Trotzdem: Grund:
 - Arbeiter und Beamte treten in Generalstreik
 - DNVP sieht die Zeit noch nicht als gekommen

Weitere Anzeichen für die Schwächen der Republik:

- DNVP und DVP bekommen 30% der Stimmen der Bürgerlichen, DDP fast keine
- Die Politische Reschtswanderung des Bürgertums hat begonnen.

Inflation:

- D. hat sehr hohe Staatsschulden
- Sparpolitik wegen Unruhen nicht möglich
 - Beschleunigung der Inflation durch:
 - Zahlungen an zurückgebliebene Familien
 - Zahlungen an Kriegsinvalide
 - Hilfe für Arbeitslose
 - Zinsen für Kriegsanleihen
- Da Staat deutlich mehr Ausgaben wie Einnahmen hat: Drucken von Geld
- Durch Ruhrkriese* artet die Inflation aus:
 - Wert des Geldes sinkt ins Unermessliche
- Die Rentenmark wird eingeführt:
 - Zwar Inflation beendet Aber:
 - Arbeitslosigkeit steigt
 - Kleinsparer verlieren ihr ganzes Vermögen
 - Folge: Vertrauen in die Republik tief erschüttert

Ruhrkriese*:

- Ende 1922 ist die deutsche Regierung mit den Reparationslieferungen von Holz und Kohle im Rückstand
- Daraufhin besetzten Frankreich und Belgien zur Sicherheit der alliierten Ansprüche das Ruhrgebiet.
- Da die deutsche Reichswehr sich nicht militärisch zur Wehrsetzen kann, rief die Bevölkerung des Ruhrgebiets zum passiven Widerstand auf.
- Fast 9 Monate dauert dieser Widerstand, der wegen der Versorgung der Bevölkerung durch den Staat die Inflation ausarten lässt.

Außenpolitik:

- Die Ruhrkriese ging für Deutschland um mehr als nur um Reparationszahlungen.
- mit dem passiven Widerstand wollen Sie erreichen dass der Versailler Vertrag, wenn schon nicht beseitigt, zu ihren Gunsten verändert (revidiert) wird.
- Das war das gemeinsame Ziel aller Parteien von 1919 – 1933.
- Deutschland muss dafür aber die aussenpolitische Isolierung überwinden.
- Die Beziehung zu den ehem. Kriegsgegnern wird aber durch Ruhrkriese erschwert.
-

Rapallo-Vertrag:

- ist ein erster Schritt um Außenpolitik zu verbessern
- 1922 mit der Sowjetunion abgeschlossen
- diplomatische Beziehung zwischen den Ländern wird wieder aufgenommen
- Verzicht von beiden Seiten auf Reparationszahlungen
- Zukunft: Wohlwollende wirtschaftliche Zusammenarbeit

Konferenz von Locarno:

- 1923 durch Stresemann (DDP) Konzept aufgestellt in dem Frankreichs Sicherheitsbedürfnis berücksichtigt wird. 1. Schritt in die richtige Richtung
- Konzept mit 3 Teilen:
 - 1. **Gewaltverzicht** (Deutschland strebt Revision vom Vertrag ausschließlich mit friedlichen Mitteln an)
 - 2. **Annerkennung der neuen Westgrenzen** (um Sicherheitsbedürfnis von Frankreich zu befriedigen.)
 - 3. **Aufnahme Deutschlands als führendes Mitglied in den Völkerbund** (und damit Gleichberechtigung mit den Westmächten)
- Grundzüge des Konzept im Oktober 1925 in Locarno durchgesetzt:
 - o Verhandlungen mit England und Frankreich denen es Innenpolitik besser geht
 - o Zu Punkt 2.
 - Deutschland garantiert Unverletzlichkeit der Westgrenzen gegenüber Belgien und Frankreich
 - Entmilitarisiert Rheinland
 - o Punkt 3.
 - Im Herbst 1926 tritt Deutschland in den Völkerbund ein.

Berliner Vertrag:

- 1926 mit Sowjetunion abgeschlossen (wieder durch Stresemann)
- Deutschland versichert Sowjetunion Neutralität im Falle eines Angriff von 3. Seite
 - o Gefahr von Polen da!

Auswirkungen von Außenminister Stresemann auf die Deutsche Innenpolitik:

- von 1924 – 1928 regieren die Bürgerlichen Parteien
- Sie bezichtigen Stresemann des nationalen Verrates (obwohl dieser selber in DDP)
- Stresemann kann seine Politik nur mit Hilfe der SPD durchsetzen (SPD ist Arbeiterpartei!!!)

Stresemanns Politik der Mäßigung

- Westen:
 - o war bereit im Westen gebiete Abzutreten
 - o hat im Westen das Ruhrgebiet gesichert
- Osten:
 - o Grenzen immer noch offen
 - o ist nicht bereit Grenzen zu akzeptieren, will mehr Land
 - o auch hätte wohl das deutsche Volk noch mehr Abtretung nicht akzeptiert.

Seine Politik nennt man die Politik der Mäßigung (Weiss leider ned weso!)
Erst die Nationalsozialisten ersetzten diese Mässigungspolitik durch militärische Stärke und Gewalt.

Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung:

- Ob die demokratische Republik Bestand hält hängt zur Zeit der Weimarer Republik nicht nur von den genannten Punkten, Verfassung, Locarno, Rapallo ect. ab, sondern auch von der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung:
 - o Kann die Wirtschaft nach dem Krieg wieder Anschluss finden an die Vorkriegszeitentwicklungen?
 - o Kann die noch im Kaiserreich begonnene Aufbau eines Sozialstaates fortgesetzt werden?
 - o Können die tiefen Gräben zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft geschlossen werden?

Die politische Ordnung hat sich verändert, es regieren aber die gleichen Klassen!

Soziale Entwicklung:

- Noch im November 1918 schließen Unternehmensverbänden und Gewerkschaften Verträge ab um Kapital und Arbeit zu regeln:
 - Die Unternehmer erkennen die Gewerkschaft als Vertreter der Arbeiter an
 - Achtstundentag
- Nachdem die Gefahr, Deutschland entwickle sich wie Russland, gebannt ist, wollen sich die Unternehmer nicht mehr an die Vereinbarung halten
 - sie beklagen die zu hohen Löhne
 - die zu kurze Arbeitszeit
 - sie finden der Vertrag verhindert eine günstige Entwicklung der Wirtschaft
- Die Gewerkschaften haben Angst dass die Arbeitsbedingungen wieder wie vor 1914 werden
 - Gewerkschaften:
 - o freie Gewerkschaft
 - o christliche Gewerkschaft
 - o Angestelltengewerkschaft
- 1924 wird der Vertrag aufgelöst
- 1923 die Lösung des Staates für diesen Streit:
 - Vereinbarung zwischen den Tarifparteien
 - wenn keine Vereinbarung getroffen werden kann:
 - Schiedsspruch eines Schlichters der Mittelmasse finden soll
- funktioniert aber nicht richtig
- Die Unternehmerverbände kündigen 1928 (Ruhrkrise) an die Staatliche Lösung nicht mehr zu akzeptieren
- Sie wollen wie im Kaiserreich allein über die Betriebe bestimmen, sonst müsse das System geändert werden => sprechen sich klar gegen Weimarer Republik aus

Soziale Errungenschaft der Weimarer Republik :

- 1927 Einführung der Arbeitslosenversicherung, auch wenn diese später wegen der Weltwirtschaftskrise in die Krise geriet.

Wirtschaftliche Entwicklung:

- stockende geprägte Wirtschaftsentwicklung:
 - o Krieg
 - o Inflationkonjunktur
 - o Krise nach der Währungsreform
 - o Weltwirtschaftskrise

- schnell wechselnde Konjunktur
 - o Investitionen teilweise sehr hoch
 - o Investitionen teilweise niedriger als vor dem Krieg

- Reallöhne der Arbeitnehmer steigen, Arbeitszeit sinkt
 - o außer bei Besserverdienenden Angestellten wo Reallöhne sanken

Das Politische System:

Die Verfassung:

- Nach Nationalversammlung 1919 tritt im August die Verfassung in Kraft:
 - o Das Deutsche Reich ist eine parlamentarische Demokratie
 - **Reichstag** ist wichtigstes Organ der Reichsgewalt
 - die **Reichsregierung** ist vom Vertrauen des Reichstag abhängig
 - **Reichspräsident** hat wie Reichstag sehr viele Rechte
 - ist Gegengewicht zu Reichstag
 - **Reichsrat** ist Vertretung der Länder die an der Gesetzgebung mitwirken
 - Parlamentsrechte sind durch **das Volk** eingeschränkt

Schwächen der parlamentarischen Regierung:

- Häufiger Regierungswechsel, Parteien sehen Ihr Ziel als wichtigstes an
- Selbstverständnis der Parteien, keine Kompromissbereitschaft der Parteien
- Zangenbewegung zwischen Links und Rechts

Parteien und Regierung:

- Häufige Regierungswechsel (da Abgeordnete nicht fähig waren Kompromisse zu schließen)
 - o 21 Regierungen in 14 Jahren!
 - o 7 Reichstagwahlen!
- Regierungen:
 - o 1. SPD, DDP und Zentrum (1919 – 1920)
 - hätte wahrscheinlich funktionieren können, verloren aber bereits bei den Wahlen 1920 Mehrheit an Stimmen
 - o 2. Bürgerblock DVP und DNVP
 - stimmen in wichtigen Fragen in der Innen- und Wirtschaftspolitik überein
 - NICHT ABER in der Außenpolitik
 - DVP will durch Verständigungspolitik Revision von Versailler Vertrag
 - DNVP lehnt das strikt ab
 - o 3. Bürgerblock DVP und Zentrum

- bricht sehr schnell da sie sich nicht über ein Schulgesetz einigen können
- 4. 1. und 2. Grosse Koalition: Zentrum, DVP, DDP und SPD
 - stimmen in den Grundfragen der Außenpolitik überein
 - In der Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik aber gar nicht
- 5. Minderheitsregierung der verschiedenen Bürgerlichen Parteien

Das Selbstverständnis der Parteien:

- Selbstverständnis der Parteien:
 - im Kaiserreich hatten sie zwar bei der Gesetzgebung mitgewirkt, nicht aber Regierungsverantwortung getragen
 - dadurch sind sie Interessen- und Weltanschauungsparteien mit geringer Kompromissfähigkeit
 - in der neuen Regierung ist aber Machtausübung verlangt, und weil verschiedenen Parteien auch Kompromissbereitschaft

Gegner der Demokratie / Hitlers Anfänge

- NSDAP erregt 1923 erstmals Aufmerksamkeit mit „Hitler-Putsch“
- aufgefallen seit Gründung durch noch stärkere Hetze gegen
 - Weimarer System
 - Erfüllung des Versailler Vertrages
 - Juden
- Im Krisenjahr 1923 erstmals Versuch eigenmächtig die Regierung abzusetzen und Deutsche Nationalregierung zu erklären
- scheitert, Hitler wird verhaftet, Strafe aber bedenklich gering
- Nach 1925 ändert die Arbeiterpartei NSDAP ihre Strategie:
 - wirbt um Landwirte, Angestellte, kleine Selbständige, Handwerker, Kaufleute
 - Sturmabteilung (SA) und Schutzstaffeln (SS) sprechen ehemalige Kriegssoldaten an
 - Studenten und Schüler fühlen sich von Uniform und Versprechungen angezogen

Die NSDAP wird bedrohlich für die neue Regierung:

- Die parlamentarische Regierung gerät von Anfang an in eine Zangenbewegung der rechts- und linksextremen Parteien:
 - KPD und DNVP lassen sich in die Regierung wählen, wollen System lächerlich machen und aus dem Reichstag heraus zerstören
- Bei den Wahlen 1930 wird NSDAP zweitstärkste Partei
- 1932 werden die antiparlamentarischen Parteien die absolute Mehrheit
 - NSDAP (extrem gegen alles :)
 - DNVP (rechtsextrem)
 - KPD (linksextrem)